

Fragenkatalog zur Landtagswahl

David Schwarzendahl, DIE LINKE

Themenblock 1: Bildung

1. Wie stehen Sie/ steht ihre Partei zum Unterrichtsfach „Herkunftssprache“?

Schon vor Jahrzehnten hat man festgestellt, dass „muttersprachlicher“ Unterricht enorm wichtig ist. Es besteht sonst die Gefahr, dass die Kinder sowohl in der Muttersprache als auch in Deutsch Defizite haben. Also ja, wir sind dafür.

2. Wie stehen Sie/steht ihre Partei zu vielfältigerem Religionsunterricht?

In der Schule sollte es ein Unterrichtsfach Religionskunde geben, damit die Kinder alle Religionen kennenlernen und ein Austausch stattfindet. Nur so wird deutlich, dass die Religionen viele gemeinsame Werte haben, also das Gemeinsame in den Vordergrund gerückt wird. Zumindest ein Fach Ethik sollte es geben. Getrennter Religionsunterricht ist unserer Ansicht nach überholt.

3. In Kindergärten beträgt der Migrantenanteil bereits bis zu 70% und in Folge wächst natürlich auch stetig der Migrantenanteil in Schulen. Welche Maßnahmen sehen Sie für diese Situation heute und für die Zukunft?

Es bedarf zwingend einer Schule für alle Kinder, 10 Schuljahre gemeinsames Lernen. Schulen mit Frontalunterricht in großen Klassen hat ausgedient. Tablets und Digitalisierung des Unterrichts bieten die Möglichkeit, jedes Kind individuell zu fördern. Es gibt bereits vorbildliche Konzepte, die allgemeinverbindlich gemacht werden sollten. Das löst das Problem, dass sprachliche Defizite nicht

aufgeholt werden können und Kinder völlig unnötig an unserem Schulsystem scheitern. Wir stehen für kleinere Klassenverbände, mehr Lehrer sowie kostenfrei Bildung von der Kita bis zur Uni.

4. Wie stellen Sie sich der Modernisierung der Schulen sowie der Investitionen in die Zukunft der Jugend?

Nach dem Vorbild z.B. der Karl-Trunzer-Gemeinschaftsschule in Buchen, die ein solches Konzept erfolgreich umsetzt.

5. Die aktuelle Notbetreuung in Schulen und Kitas stellt das ganze Bildungssystem vor Herausforderungen. Wie würden sie/Ihre Partei vorgehen, um zu verhindern das gerade Kinder mit Migrationsgeschichte durch das Raster fallen?

Nicht nur Kinder mit Migrationsgeschichte fallen durchs Raster. Zwingend nötig Präsenzunterricht, der durch nichts zu ersetzen ist. Allerdings bedarf es dazu Lüftungsanlagen in den Klassenräumen, bevorzugte Impfung der Lehrkräfte, regelmäßige Tests aller Beteiligten. So lange das nicht gewährleistet ist, muss jede Schule einen Weg für sich finden, denn jede Schule hat andere Schüler*innen, ein anderes Einzugsgebiet. Beispiel: Kinder holen ihre ausgedruckten Arbeitsblätter zu einem bestimmten Termin ab, Schüler*innen, die keine guten Endgeräte oder kein schnelles Internet haben, dürfen in der Schule arbeiten, das ist nur im Einzelfall zu klären.

6. Die Pandemie hat uns gezeigt, dass unser Bildungssystem eine Vielzahl an Baustellen aufweist. Was sind Ihre Pläne/die Pläne ihrer Partei für die Zukunft des Bildungswesens? Was sind hier ihre Prioritäten?

Wie schon oben ausgeführt: 10 Jahre gemeinsames Lernen in einer Schule mit Methoden des 21. Jahrhunderts. Nicht die Pandemie hat die Baustellen aufgezeigt, sie hat nur gezwungen endlich hinzuschauen.

Themenblock 2: Gesundheit

7. Es ist zunehmend der Fall, dass durch ausländische Fachkräfte und ein stetig wachsender Anteil der Migranten in der Medizinischen Versorgung und Pflege, mit sprachlichen Barrieren konfrontiert werden. Dies wird leider von den Einrichtungen selbst abgewiesen, weil sonst eine Gefährdung gegeben wäre. Welche Möglichkeit sehen Sie, beiden Seiten zu begegnen und vielmehr diese wachsende Problematik zu lösen.

Das Problem ist ja vielschichtiger: es gilt die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Bezahlung anzuheben. Nur so wird der Beruf attraktiver. Heute sehen wir die Abwanderung deutscher Ärzte, die durch ausländische Fachkräfte ersetzt werden, die ja in ihrem Heimatland auch gebraucht werden. Was kurzfristig zu tun wäre: berufsbegleitende Sprachförderung, die auch berücksichtigt, dass Patient*innen nicht immer hochdeutsch reden.

8. Wie planen Sie nach dem Lockdown betroffene Gruppen, wie bspw. sozial Benachteiligte, Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, die durch die Pandemie u.a. berufliches aber auch psychosoziales Leid erfahren haben, nachhaltig zu unterstützen, sodass längerfristigen Folgen für diese Menschen entgegengewirkt werden kann? Gibt es Programme und Maßnahme, um hier Wirkungsprozesse zu verkürzen und soziale Teilhabe und Bildungsbeteiligung zu fördern und eine gerechte Ressourcenverteilung sicher zu stellen?

Wir fordern ein Ende der Zweiklassenmedizin, sprich ein Ende der Privatversicherung, eine Krankenversicherung in die alle einzahlen. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle den gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen haben. Wenn viel zu wenige Ressourcen z.B. bei Psychotherapeuten vorhanden sind, ist das ein Mangel, der zwingend behoben werden muss, was kurzfristig leider nicht möglich ist. Langfristig braucht es mehr Studienplätze und mehr Praxen, damit Wartezeiten von vielen Wochen ein Ende haben. Gerade für Kinder und auch Jugendliche aus Krisen- und Kriegsgebieten brauchen wir ein dichteres Netz gerade auch bei der psychologischen Betreuung.

Themenblock 3: Innenpolitik und Wirtschaft

9. Die Istanbul Konvention regelt den Schutz von Frauen, Müttern, und Familien. Die Umsetzung in Kommunen und Verwaltung ist noch in den Kinderschuhen.

Wie gedenken sie es künftig zu einer vernünftigen Umsetzung in den Kommunen werden zu lassen?

Die wichtigste Maßnahme ist die langfristige Sicherstellung der finanziellen Grundlage von Beratung, Frauenhäusern und Hilfsangeboten. Es ist unerträglich, dass je nach Haushaltslage Gelder verteilt werden, die im Zweifel zu Einschränkungen von dringend notwendigen Angeboten führen. Frauenhäuser müssen auch professionalisiert werden, Personal muss dringend aufgestockt werden. Was die Trägervereine oft nicht alleine leisten können.

10. Welche Programme und Maßnahmen planen Sie, um die Themen Vielfalt und Diversität als eine Querschnittsaufgabe in allen gesellschaftlichen Bereichen voranzutreiben, sodass eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft gefördert und insbesondere der institutionellen Benachteiligung entgegengewirkt wird?

Es gilt die vielen bestehenden Initiativen der Zivilgesellschaft deutlich mehr und verlässlicher zu unterstützen. Was der institutionellen Benachteiligung entgegenwirken kann, ist in der Einstellungspraxis der öffentlichen Arbeitgeber sicherzustellen, dass sich Vielfalt und Diversität auch in Verwaltung, Polizei und Gerichtsbarkeit widerspiegelt. Besonders Polizist*innen als Vertreter des staatlichen Gewaltmonopols müssen in ständigen Trainings sensibilisiert werden. Eine von Polizei und Justiz unabhängige Beschwerdestelle für Bürger*innen soll eingerichtet werden, damit Übergriffe von Ordnungs- und Sicherheitskräften, Polizist*innen auch für die Beschwerdeführer*innen glaubwürdig untersucht werden.

11. Welche Pläne haben Sie/ihre Partei, um Flüchtlinge nach Erhalt des Aufenthaltsstatus eine langfristige persönliche Beratung zu ermöglichen, um die deutsche Gesellschaft kennenzulernen, sich auszubilden und einen Platz auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen?

In den letzten Jahren haben sich viele Initiativen entwickelt und bewährt, sie gilt es zu unterstützen. Wichtig sind Räume zur Verfügung zu stellen, Anlaufstellen für Beratung durch hauptamtliche Sozialarbeiter, aber auch zur Begegnung mit anderen. Sprache wird nur durch ständige Praxis erlernt. Natürlich unverzichtbar, dass ein Arbeitsplatz, ein Ausbildungsplatz vor Abschiebung schützt. Nicht Duldung, ein Anspruch auf eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung ist Voraussetzung für Integration und Lebensplanung.

12. Inwiefern wird sichergestellt, dass die Kommunen den geflüchteten Menschen trotz begrenzter finanzieller Ressourcen weiterhin ausreichende und spezifische Begleitung anbieten können?

Die Sicherstellung ausreichender finanzieller Ressourcen in den Kommunen ist eine politische Entscheidung. Für die LINKE als international ausgerichtete Partei ist es selbstverständlich dort einen Schwerpunkt zu setzen.

13. Welche Lösungen haben Sie/ihre Partei, um sicherzustellen, dass die Kommunen mehr Geld für beispielsweise die Soziale Mietwohnraumförderung zur Verfügung haben und wie stehen Sie zu einer Investitionsverpflichtung für den Bau von erschwinglichen Mietwohnungen?

Die LINKE steht für einen Mietendeckel, für Förderung von öffentlichem und genossenschaftlichem Wohnungsbau. Wohnungen dürfen kein Spekulationsobjekt sein, wohnen ist Menschenrecht. Wir wollen ein neues Wohnungsbauprogramm für die nächsten 6 Jahre für mindestens 50.000 Sozialwohnungen, barrierefrei und Altersgerecht!

14. Was konkret meinen Sie, kann Rheinland-Pfalz tun, um die Situation geflüchteter Menschen in z.B. griechischen Lagern zu verbessern, die dort unter menschenunwürdigen Bedingungen leben?
(z.B. keine Medizinische Versorgung, nicht ausreichend mit Wasser und Nahrung, Kinder mit Rattenbissen etc.)

Rheinland-Pfalz als Bundesland kann wenig tun, die Lage der Flüchtlinge zu verbessern, dafür ist der Bund zuständig. Selbst die Bereitschaft mehr Flüchtlinge aufzunehmen wird ja vom Innenminister ignoriert. Möglich ist eine Bundesratsinitiative, die allerdings im Moment wenig erfolgversprechend ist. Trotzdem werden wir uns dafür einsetzen und gemeinsam mit den NGO's und Gruppen zum Thema dafür streiten!

15. Deutschland verliert langsam an Attraktivität für Fachkräfte und Unternehmen. Die Standortsicherung ist ein zunehmendes Thema, nicht nur für Industrie und Handel. Hierzu zählen insbesondere vorrangig, die schlechte Anbindung an den Rest der Welt, bei der Digitalisierung, die logistische Anbindung, sowie der langsamen und veralteten Verwaltung. Was gedenken Sie künftig dazu zu unternehmen?

Deutschland ist Exportweltmeister, da kann von mangelnder Anbindung an den Rest der Welt wohl nicht gesprochen werden. Was die Verwaltung angeht, ist dort eine Investition in Digitalisierung zwingend geboten, allerdings unter Wahrung strenger Datenschutzvorgaben. Wir wollen keinen Überwachungsstaat, Behörden dürfen nur die Daten einsehen, die sie zwingend zur Bearbeitung ihrer Aufgaben brauchen.

16. Innovation ist in direkter Folge ein Thema, das mit der vorhergehenden Frage verbunden ist. Migranten tragen einen erheblichen Anteil dazu bei. Andere Länder haben hierzu richtige Pakete geschnürt um Unternehmen und Migranten, bzw. Zuwanderer zu gewinnen. Hierzu zählen, neben Förderung, Steuerbefreiung in den ersten Jahren, ein vereinfachtestes Steuergesetz, vergünstigte u. o. kostenlose Räumlichkeiten, etc. Was hat Ihre Partei in diesem Rahmen angedacht?

Wirtschaftsstandorte gewinnen auch an Attraktivität durch soziale Komponenten. Es ist zu kurz gedacht, Innovation sei gebunden an Steuererleichterungen. In Deutschland gibt es eine reiche Universitätslandschaft, viel Grundlagenforschung, die in jungen Unternehmen weiterentwickelt wird. Wichtig für die Gewinnung von Zuwanderern ist auch ein gutes Schulsystem, ein ausländerfreundliches Klima und Sicherheit. Dafür gilt es zu sorgen und jeder Form von Ausgrenzung Widerstand entgegenzusetzen.

17. Verwaltungen und Behörden sind veraltet und schlecht ausgestattet. Dazu kommt, dass obwohl wir mitten in Europa liegend, nur einsprachig vorgehen. Dokumente, Anträge etc. sind somit lediglich auf Deutsch. In anderen Ländern sind diese bereits zwei oder sogar mehrsprachig verfügbar (Englisch, Französisch, und Spanisch). Wenn wir von Europa sprechen und international agieren, gar Weltführend bleiben wollen, wäre es doch mehr als an der Zeit, auch hier Mehrsprachigkeit an zu denken, zumal wir einen wachsenden Anteil an Zuwanderern und Migranten in den nächsten Jahren benötigen. Wie sehen Sie es persönlich und wie von Seiten ihrer Partei?

Selbstverständlich müssen Dokumente, Anträge etc. so abgefasst werden, dass die Betroffenen es lesen können. In Deutschland gibt es Hilfen durch Dolmetscher, die gilt es auszubauen. Bei der Vielzahl von Sprachen, die von Zuwanderern gesprochen werden, ist es eine Illusion, Dokumente und Anträge zwei- oder mehrsprachig würden das Problem lösen.

Themenblock 5: Fragen aus dem Chat

18. Integration und Arbeit im Grenzraum Deutschland/Luxemburg - Hier arbeiten Handwerksfirmen diesseits und jenseits der Grenze. Für EU- Bürger kein Problem. Aber für Geflüchtete - egal ob anerkannt oder nicht - ein Riesenproblem. Denn sie dürfen nicht jenseits der Grenze nach Luxemburg arbeiten. Dabei stellt sich der Arbeitsalltag der Firmen so dar, dass sie bei ihren Routen zur Erfüllung der Aufträge oft mehrmals am Tag die Grenze wechseln. All diese Firmen können Drittstaatler*innen nicht einstellen. Die hiesigen Firmen sind sehr zufrieden mit ihren Praktikant*innen mit Fluchthintergrund und bedauern sehr, diese nicht als Auszubildende einstellen zu können. Hier muss eine Regelung gefunden werden, die die zweitweise Arbeit im Nachbarland ermöglicht, auch wenn der Geflüchtete nur in Deutschland Asyl bekommen hat. Für den ländlichen Grenzraum ist das für den Mittelstand und die Geflüchteten sehr wichtig. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

Selbstverständlich müssen Aufenthaltstitel, die in einem EU-Land gelten auch in der ganzen EU anerkannt werden.

19. Hat Ihrer Meinung nach, die Freizügigkeit für Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz zur Integration beigetragen?

Die Freizügigkeit für Asylsuchende in Rheinland-Pfalz hat vor allem für diese Personengruppe selbst Vorteile gebracht.

20. Machen Sie sich Sorgen, dass durch die Corona-Maßnahmen, sich die Protest-Stimmen für die politischen Ränder vermehren werden?

Eher nicht.

21. Wo tangieren die Themen Migration und Integration Ihren Alltag?

Ständig, denn der latenten Ausländerfeindlichkeit, dem Alltagsrassismus muss man ständig entgegentreten.

22. Wo sieht man Ihrer Meinung nach, die Erfolge von Integration in Rheinland-Pfalz, speziell unter Berücksichtigung der vergangenen fünf Jahre und wo gibt es Ihrer Meinung nach noch Handlungsbedarf?

Ich denke, es ist gelungen, die meisten Flüchtlinge mit Wohnungen und Sprachkursen zu versorgen und ihre Kinder in Kindergärten und Schulen zu integrieren. Selbstverständlich braucht es Zeit, die Menschen so weit zu bringen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.

Fragen-Matrix

23. Menschen, die unter katastrophalen Zuständen in Lagern an den EU-Außengrenzen leben, muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. Rheinland-Pfalz kann hierbei nicht nur auf eine gesamtdeutsche oder europäische Lösung warten, sondern muss eigene Maßnahmen einleiten.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

24. Die aktuelle Praxis der „Integrationsklassen“ (alle Schüler*innen mit

Migrationsgeschichte werden in einer Klasse zusammengefasst, unabhängig von Sprachkenntnissen und schulischen Leistungen) ist kein probates Mittel, um Integration durch Bildung voranzutreiben und muss dringend überarbeitet werden.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

25. Die soziale Herkunft von Kindern spielt in Deutschland immer noch eine große Rolle. Kinder aus wirtschaftlich schwachen Familien oder Familien mit Migrationsgeschichte haben statistisch weniger Erfolg in der Schule. Um dies auszugleichen, sind massive Investitionen in Bildung notwendig.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

26. Die Zahlen der älteren und kranken Menschen mit Migrationsgeschichte werden in den kommenden Jahren weiter steigen. Daher ist es notwendig die Angebote an religions- und kultursensibler Pflege weiter auszubauen (zum Beispiel durch Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals) und mehr Möglichkeiten zur interkultureller Bestattung zu schaffen.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

27. Rheinland-Pfalz benötigt ein Antidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

28. Zum Thema racial profiling und Rassismus in Behörden und Sicherheitsorganen benötigt Rheinland-Pfalz eine breit angelegte Studie und einen verbindlichen Maßnahmenkatalog, welcher in Zusammenarbeit mit den Interessengruppen erarbeitet wird.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

29. Sprache schafft Realität. Daher ist es Aufgabe des Landes und der

Bildungseinrichtungen, Behörden etc. des Landes, inkludierende Sprache zu verwenden und diskriminierende Begriffe zu ächten. Auch in Gesetzestexten, Schulbüchern etc.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

30. Politische Teilhabe muss in Rheinland-Pfalz unabhängig von Nationalität möglich sein. Daher ist eine Reform des kommunalen Wahlrechtes (perspektivisch auch des Landes- und Bundeswahlrechts) nötig, um auch Mitbürger*innen ohne deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit die Teilnahme an Wahlen zu ermöglichen.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

31. Um den demographischen Wandel und den drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss Rheinland-Pfalz die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt massiv erleichtern und ausländische Abschlüsse schneller und unbürokratischer anerkennen.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

32. Die interkulturelle Öffnung von Behörden, Sicherheitsorganen und öffentlichen Verwaltungen muss stärker vorangetrieben werden. Zum Beispiel durch eine Quote von Mitarbeiter*innen mit Migrationsgeschichte.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu

33. Um wirtschaftlich führend zu bleiben, benötigt Rheinland-Pfalz ein Paket an Anreizen, damit sich ausländische Unternehmen ansiedeln, beispielsweise Steuerentlastungen, finanzielle Förderung, kostenlose Räumlichkeiten.

Stimme zu Stimme eher zu Neutral Stimme eher nicht zu Stimme gar nicht zu